

War alles falsch, Towaritsch?

Die deutsch-russischen Beziehungen wären keine, wenn nicht etliche Psychologie in ihnen herumrumorte. Man lese im SPIEGEL die authentische Interpretation sowjetischer Deutschlandpolitik aus Moskauer Sicht (siehe Seiten 34 bis 41), und man wird keinen Grund mehr finden, zu staunen. Aus den Beziehungen, die Brandt, Scheel und Bahr (und Wehner) geknüpft haben, ist alles geworden, was konnte. Sie sind im strikten und banalen Sinne „normal“.

Je mühsamer einzelne Versuche, Besserungen zu erreichen, sich ausnehmen, desto klarer wird, daß es zur Ostpolitik dieser Bundesregierung nie eine Alternative gegeben hat — es sei denn, die Bundesrepublik hätte sich aus Trotz in einer unter jedem Betracht gefährlichen Isolierung festnageln wollen. Beide Seiten hatten und haben Vorteile. Und doch wird jetzt auch klar, daß beide Seiten unter dem Pauschalwort „Normalisierung“ nicht dasselbe verstanden haben, auch nicht verstehen konnten.

Sinngemäß dürfte die Moskauer Interpretation stimmen, Bahr habe konzediert, „die zur Zeit unlösbaren Fragen sollten ausgeklammert werden“, damit das Machbare möglich werde. Das Machbare wurde gemacht, das Erreichbare erreicht. Aber auf dem Zement der Geschäftsgrundlage zeigen sich die zu erwartenden Risse: Dissens, Dissens.

Es blieb dem Egon Bahr nichts anderes übrig, als auszuklammern, aber das Ausgeklammerte ist kein unverrückbarer Gegenstand, keine unveränderliche Materie, keine Honigpumpe von Beuys. Einer jeden, selbst der statischen, selbst der konservativsten Politik wohnt ein Element unkalkulierbarer Unruhe inne. Rechnungen ohne den Wirt sind die Regel.

Die Russen vertreten hier den statischen, konservativen, bewahrenden Teil. In der Berlin-Frage haben sie, wenn nicht den Buchstaben, so doch den Geist des Viermächte-Abkommens wie auch der deutsch-russischen Verträge überwiegend für sich. Aus Moskauer Sicht:

Es ist doch kein Zufall, daß die mannigfaltigen, ostentativen Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland in West-Berlin

gerade in den letzten drei Jahren stürmisch zugenommen haben. Das ist doch der eigentliche Unterschied, der sich hinter den Lesarten von „Bindungen“ und „Verbindungen“ verbirgt.

Man sieht, die Geschäftsgrundlage zickt und zackt wie bei einem mittleren Erdbeben. Bonn gehört nicht zu den Signatarmächten des Viermächte-Abkommens über Berlin. Die Bundesrepublik dehnt und streckt ein Abkommen, das sie nicht mit aushandeln durfte. Warum wohl?

Weil sie, entgegen dem Geist und Sinn ihrer Ostverträge, die nationale Einheit sehr wohl anstrebt, einerseits; andererseits ist sie mit den Moskauer Gewährsleuten des SPIEGEL in dem Urteil einig, daß „jedenfalls in diesem Jahrhundert“ nach menschlichem Ermessen nichts Einziges passieren könne; darum sorgt sie sich um das unter statischen Gesichtspunkten nicht lebensfähige Berlin, darum will sie ihre Position in West-Berlin aktiv stärken.

Die Sowjet-Union kann solchen Bestrebungen nicht zustimmen. Sie möchte ihre Rüstung in Mitteleuropa abbauen, aber immer nur unter der einen Bedingung: Bonn soll „die unlösbaren Fragen ehrlich ausklammern“, soll auf die Einheit des Landes, soll auf seine mannigfaltigen, ostentativen Aktivitäten in West-Berlin verzichten.

Was Berlin angeht, so ist Bonn der Sünde bloß, einer nur halb verzeihlichen Sünde; wenig fehlte, und die West-Berliner Schuljugend würde mit einer Adolf-Hitler-Gedächtnisausstellung gepöppelt, unter dem Motto „Diktatoren gestern, heute und morgen“. Was aber die Einheit der Nation betrifft, so grummelt es auch ohne Berlin und ohnedies, nicht so sehr in Westdeutschland wie bei den Freunden und Untertanen des Botschafters Pjotr Abrassimow in der DDR.

Jeder sieht, daß die Sowjets ihr westliches, ihr ostdeutsches Glacis nur bei Strafe des Untergangs aufgeben könnten; aber niemand sieht, wie sie es über das Jahr 2000 hinaus noch lange behaupten sollten. Der Weltgeist himself könnte da neugierig werden.

In der Bundesrepublik, so klagt der Moskauer Weltgeist, „traut man den Sowjets nicht über den Weg“. Es sei die „alte Russenangst“, die in der Bundes-

republik verhindere, daß Technologietransfer und Energie-Verbund „bei federführender Rolle Bonns“ in Westeuropa zu beidseitigem Nutzen praktiziert würden, „großangelegte Kompensation“ (lies Tauschhandel) inbegriffen.

Nun ja, wer immer von sozialliberaler Seite mit den Russen — wie sehr sich die nationale Benennung doch gegen die kommunistische durchfrüßt — verhandelt hat, wird seine alte Russenangst abgelegt haben. Nein, sie werden uns nicht überfallen, ob die Neutronenwaffe nun produziert wird oder nicht.

Sie wollen keinen Krieg gegen die USA, wollen auch die Bundesrepublik oder West-Berlin nicht einsacken; eher haben sie zuviel als zuwenig eingesackt.

Aber sie sprechen selbst von ihrem „konventionellen Übergewicht in Mitteleuropa“. Was heißt das? Etwas sehr Einfaches. Die Bundesrepublik wäre im Ernstfall die Geisel, so wie Frankreich sich vor 1914 einigermaßen zu Recht als Geisel der wilhelminischen Kriegsmaschinerie empfinden durfte.

Und nicht so sehr die Bundesrepublik wäre die Geisel, viel eher noch West-Berlin. Zwar müssen Verträge gehalten werden, aber nur, wie Bismarck so richtig erkannte, solange ihre Geschäftsgrundlage fortbesteht: „Umstände ändern eine Sache.“

Da doch auch unser anonymer Geschäftspartner in Moskau davon ausgeht, daß eine „Umkehr der Bündnisse“ (Paradebeispiel die französisch-österreichische Allianz gegen Friedrichs Preußen 1756) zu unseren Lebzeiten unwahrscheinlich ist, die Vorstellung davon „illusionär“; da er weiter von „Einkreisung“ spricht, und davon, daß die Sowjets in allen Weltregionen mit den US-Amerikanern gleichziehen wollen (warum sollten sie nicht?); da er im übrigen die Sowjet-Union in der Rolle des Noch-nicht-Gleichberechtigten vorstellt („Platz an der Sonne Afrikas“ — Red.): Wie sollten die Verantwortlichen der Bundesrepublik nicht Angst haben „wegen vermeintlich drohender politischer Abhängigkeit von Moskau“?

Von einer „Umkehr der Bündnisse“, einem „Renversement des alliances“ zu sprechen, lohnt sich nun in der Tat nicht. Aber beachtlich scheint doch das

Stichwort „Einkreisung“, verbunden mit der Forderung nach „gleichem Rang und gleicher Präsenz in allen Weltregionen“. Wer würde nicht an das wilhelminische Deutschland erinnern, das recht stark und stattlich dastand und trotzdem nach „Gleichberechtigung“ und seinem Platz an der Sonne gierte; natürlich fühlte es sich und war zum Schluß dann auch eingekreist.

Die Sowjet-Union, anders als das wilhelminische Deutschland, will nicht die Mitte von Afrika als russische Kolonie und will auch keinen „Platz-ander-Sonne-Krieg“. Aber um „Gleichberechtigung“ müht sie sich, sehr mit Grund, denn bis heute kann sie den US-Amerikanern nicht einmal im Mittelmeer das Wasser reichen.

Sie ist am stärksten da, wo sie am schwächsten ist, in Mittel- und Osteuropa, und nun wirklich ohne Rücksicht auf eine Neutronenwaffe. Jede Macht, die, wie Bismarck sagen würde, „periklitert“, das heißt über ihr politisches Vermögen hinaus militärische Macht ausübt, sieht sich einem Dilemma gegenüber, das aus der Weisheit eines Politbüros nicht mehr zu lösen ist.

Es müssen ja nicht nur die Russen, es könnten ja auch einmal die Amerikaner verrückt spielen, und West-Berlin wäre dann, und sei es für drei Tage, geliefert, mit allen Folgen für das europäische Gemeinwesen, wie wir sie im Falle einer persönlichen Geiselnahme à la Moro so drastisch erleben.

Kanzler Schmidt hat jüngst gesagt, er wolle nicht „von denen im Osten unter den Daumen gedrückt werden“. Das war 14 Tage vor dem Besuch des obersten Daumendrückers der Sowjet-Union in Bonn. Niemand möchte von niemand unter den Daumen gedrückt werden, sei es im Nahen Osten, sei es in Afrika. Aber alle drücken alle unter den Daumen, damit niemand unter den Daumen gedrückt wird. Dies ist die Psychologie menschlicher Macht und Ohnmacht.

Dies ist, vom Gruppenverhalten her gesehen, mechanisch wie ein Pawloweher Reflex. Dies ist aber auch die Antwort auf die brandaktuelle russische Forderung nach „wirtschaftlicher Interdependenz“, nach einer etwas einseitigen wechselseitigen Abhängigkeit, die jede Zusammenarbeit „echt unumkehrbar“ machen soll.

Breschnew wird diese Frage in Bonn ein zweites Mal stellen. Interdependenz kann stattfinden zwischen Österreich und der Sowjet-Union, weil Österreich unbewaffnet, aber auch unverwundbar ist, noch dazu ohne einen „interdependenten“ Bundesgenossen. In Bonn wird Breschnew zumindest dem Sinn nach eine leninistische Antwort erhalten: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“

Beziehungen. Für den Bonner Sowjet-Botschafter Walentin Falin ist das derzeitige Verhältnis ein überzeugender Beweis für „die Theorie der politischen Relativität“: Gemessen am eisigen Klima noch vor zehn Jahren habe es enorme Fortschritte gegeben; doch gemessen an den ursprünglichen Hoffnungen, die Moskau mit der Bonner Ostpolitik verknüpft habe, seien die Ergebnisse enttäuschend.

Dies um so mehr, als die Bundesrepublik nach Kreiskys Erkenntnis im weltpolitischen Kalkül der Sowjets „eine geradezu dominierende“ Rolle spielt — einen Part, den sie daneben nur den Vereinigten Staaten zuerkennen.

Die Väter der Bonner Ostpolitik, Willy Brandt und Egon Bahr, hatten ein Gespür für diese Deutschland-„Ob-

liche Zusammenarbeit, Berlin und das deutsch-deutsche Verhältnis.

Mehr als gedämpfte Erwartungen scheinen deshalb unangebracht. Denn das meiste, was zwischen beiden Staaten seit Jahren schon verhandelt wird, bleibt trotz des Gipfeltreffens in der Schublade — wegen Berlin:

▷ so das Rechtshilfe-Abkommen, bei dem die Standpunkte beider Staaten laut Auswärtigem Amt „grundsätzlich kontrovers“ sind;

▷ so die Vereinbarung über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit, von der die Sowjets das nach Abschluß des Viermächte-Abkommens in West-Berlin angesiedelte Umweltbundesamt ausschließen wollen;



Entspannungspartner Breschnew, Brandt 1973*: Gespür für Obsession?

session“ (Kreisky) der Sowjets und versuchten folgerichtig, die Verständigung mit Moskau über die kleinen Normalisierungsschritte hinaus in eine größere Dimension zu rücken — als Kernelement einer dauerhaften Friedensordnung in Europa.

Seit freilich der westorientierte Weltwirtschaftslenker Helmut Schmidt und sein in der Ostpolitik ebenso argwöhnischer wie phantasieloser Außenminister Hans-Dietrich Genscher das Erbe Willy Brandts verwalten, schrumpfte die historische Perspektive zum eher kleinräumigen Business as usual.

Zwar gab es unter Schmidt und Genscher keine ernsthaften Rückschläge in den Beziehungen zu Moskau. Wie wenig sich aber andererseits bewegt hat, zeigt schon die Tatsache, daß beim bevorstehenden Breschnew-Besuch wieder die gleichen Themen und die gleichen Querelen auf der Tagesordnung stehen wie vor fünf Jahren: wirtschaft-

▷ so das Verkehrsabkommen, bei dessen Straßen- und Schifffahrtsbestimmungen Moskau die Stadt gleichfalls ausklammern möchte.

Auch beim schon 1973 unterzeichneten Kulturabkommen geht seit zwei Jahren nichts mehr, weil sich die Sowjets entgegen dem ausdrücklichen Vertragstext weigern, ihre Kulturschaffenden im Rahmen eines Besuchsprogramms nach West-Berlin und in die Bundesrepublik zu schicken.

Ein groteskes Beispiel für diesen Hickhack hielt der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Klaus von Dohnanyi, bei einem Vortrag in Moskau den Russen vor. Der Sozialdemokrat: „Wenn bei einer Museumsdelegation aus der Bundesrepublik und Berlin (West) die Mitglieder aus Berlin (West) veranlaßt werden, in der Sowjet-Union in einem besonderen Eisenbahnabteil zu reisen, ist das politisch kleinlich und

* Mit Brandt-Ehefrau Rut in Bonn.